



STADT WARBURG

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
11. WAHLPERIODE

ZUSCHRIFT
11/482

An die
Präsidentin des Landtages !
Frau Ingeborg Friebe MdL
Platz des Landtages 1

4000 Düsseldorf 1


Warburg, den 08.02.1991

Resolution des Rates der Stadt Warburg zum Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1991

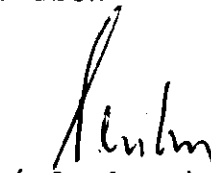
Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

der Rat der Stadt Warburg hat in seiner Sitzung am 29.01.1991
anlässlich der Beratung und Verabschiedung der Haushaltssatzung
1991 eine Resolution beschlossen, die ich Ihnen beigefügt
~~überreiche~~

Mit freundlichen Grüßen


(Mohr)

Bürgermeister - MdL -


(Seulen)

Stadtdirektor

ARCHIV
des Landtags Nordrhein-Westfalen

LEIHENTWURF



STADT WARBURG

Warburg, den 08.02.1991

Resolution zum Regierungsentwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes NRW 1991

Der Rat der Stadt Warburg wendet sich einstimmig gegen den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1991, da er den Finanzausgleich zwischen dem Land und den Kommunen bei weitem nicht ausreichend sicherstellt.

Der Landtag wird gebeten, die vorgesehenen Kürzungen des Steuerverbundes sowie dessen Befrachtung mit Ausgaben, die aus dem Landeshaushalt geleistet werden müßten, zu verhindern, um damit die Solidarität des Landes mit seinen Kommunen zu bekunden und wieder herzustellen.

Der allgemeine Steuerverbund soll nach dem Regierungsentwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1991 mit rund 700 Millionen DM zugunsten des Landeshaushaltes belastet werden.

Diese beabsichtigte Kürzung des allgemeinen Steuerverbundes ist finanzpolitisch nicht zu rechtfertigen, zumal die Steuerentwicklung des Jahres 1990 so günstig verlaufen ist, daß die Neuverschuldung des Landes weit hinter dem veranschlagten Ansatz von 5,3 Mrd. DM zurückbleiben wird.

Die geplanten Kürzungen treffen aber auch deshalb die Kommunen besonders empfindlich, weil sie auf Nachhaltigkeit angelegt sind. Werden sie 1991 vordergründig noch durch die hohe Abrechnung aus dem

Finanzausgleich 1989 kaschiert, wirken sie aber 1992 fort und werden das normale Verbundwachstum gegen Null reduzieren.

Aber nicht nur die gute Steuerentwicklung des Jahres 1990 spricht gegen die geplanten Kürzungen. Nach eigenen Angaben des Finanzministers haben sich die Steuereinnahmen des Landes in den vergangenen zehn Jahren um 58,6 % erhöht, der Anteil der Gemeinden am allgemeinen Steuerverbund stieg in diesem Zeitraum jedoch nur um 23,7 %. Seit 1981 ist die kommunale Beteiligung am Steuerverbund von 28,5 % auf 23 % abgesenkt worden.

Ohne die Nachzahlungen aus 1989 würden die kommunalen Steuerverbundleistungen des Landes um 2,2 % wachsen. Von einem Gleichschritt mit den übrigen Ausgaben des Landes kann wohl keine Rede sein, denn diese steigen nach offiziellen Informationen um 5,6 %.

Ein weiteres Auseinanderdriften der Beteiligung des Landes und der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund können die Gemeinden weder hinnehmen noch finanziell verkraften.

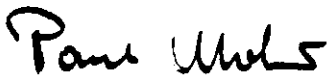
Insbesondere mit den sozialen Lasten durch die Betreuung und Versorgung der Alten und Behinderten, der Dauerarbeitslosen und Einkommensschwachen haben die Kommunen Aufgaben mit den höchsten unabweisbaren Ausgabewachsen. Im kreisangehörigen Raum schlägt sich dies deutlich in den steigenden Kreisumlagehebesätzen nieder.

Steigende Umlagen sowie ständig wachsende Belastungen aus der Erfüllung von Pflichtaufgaben lassen den Gemeinden keinen Spielraum mehr zur Verwirklichung kommunaler Selbstverwaltung. Für die dringend notwendigen Investitionen stehen keine Überschüsse der Verwaltungshaushalte mehr zur Verfügung. Zur Finanzierung müssen Fremdmittel in Anspruch genommen

werden, mit der zwangsläufigen Folge einer durch den Schuldendienst noch weiteren Einengung der haushaltswirtschaftlichen Spielräume.

In dieser Situation dürfen die Kommunen von der Landesregierung erwarten, daß sie proportional an den beträchtlichen Steuermehreinnahmen beteiligt werden. Stattdessen sieht der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes schwere Einschnitte in den kommunalen Finanzanteil vor.

Angesichts dieser Entwicklung in den Kommunen und im Hinblick auf die vergleichsweise positive Situation der Landesfinanzen appelliert der Rat der Stadt Warburg an alle Mitglieder des Landtages, die vorgesehenen und ungerechtfertigten Kürzungen des Steuerverbundes zu verhindern.


(Mohr)
Bürgermeister - MdL -


(Seulen)
Stadtdirektor